

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir regen an, nachstehende Resolution in der kommenden Ratssitzung zu beschließen.

Mit freundlichem Gruß

Hans-Fr. Oetjen

Fraktionsvorsitzender

Resolution Entwurf

Der örtlichen Presse war in einem Bericht am 07.11.2018 zu entnehmen, dass Post und Postbank ihre Filiale in Linnich schließen wollen.

Das es dazu keine direkte Information der Linnicher Politik seitens der Post und der Postbank gegeben hat, wirft schon ein bezeichnendes Licht auf das Management.

Der Rat der Stadt Linnich fordert die Deutsche Post auf, weiterhin eine eigene Filiale in Linnich zu betreiben.

Mit der Schließung der Postfiliale in der Rurstraße kommen die Deutsche Post und die Postbank ihrer Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr nach.

Ganz im Gegenteil: In eklatanter Weise werden durch das Management die Anforderung der Linnicher Einwohnerinnen und Einwohner verhöhnt.

Die Aussage, für die Kunden bedeute die Verlagerung zwar einen Wechsel von Standort und Ansprechpartnern, die Dienstleistungen der Post können aber weiter wie gewohnt in Anspruch genommen werden, macht dieses deutlich.

Die zukünftige Inanspruchnahme der normalen Dienstleistungen wird schon allein durch die Parkplatzsituation am neuen Standort nahezu unmöglich gemacht. Die Interessen der Stadt für eine zukunftsweisende Stadtplanung und Verkehrslenkung werden ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen.

Den Verweis darauf, dass sich die nächsten Möglichkeiten zur kostenfreien Bargeldversorgung an einer Tankstelle oder in Jülich befinden zeigt eine unerhörte Respektlosigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Linnich und den bisherigen Linnicher Kunden.

Sicher kann man diese Aussage aber auch dahingehend werten, dass sich die Kunden besser den Linnicher Alternativen zuwenden sollen.

Der Rat der Stadt Linnich fordert die Post und die Postbank auf, die bisherigen Dienste am alten Standort aufrecht zu erhalten und einen neuen Standort in zentraler Lage der Stadt mit entsprechender Infrastruktur zu entwickeln.

Wir fordern gleichzeitig die Landesregierung und die Bundesregierung auf, entsprechenden Einfluss auf Postbank und Post auszuüben, damit auch im ländlichen Raum weiterhin notwendige Infrastrukturangebote erhalten bleiben.

Adressaten:

Deutsche Post

Postbank

Staatskanzlei NRW

Bundesregierung

MdL, MdB, Kreistag, Landrat